

Perspektiven des privaten Verbrauchs in Österreich

Christian Dreger

Christian Dreger ist Forschungsdirektor für International Economics am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und Professor für Makroökonomie an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Makroökonomische Modellierung, Ökonomie des Euroraums sowie die Integration von Schwellenländern in die Weltwirtschaft.

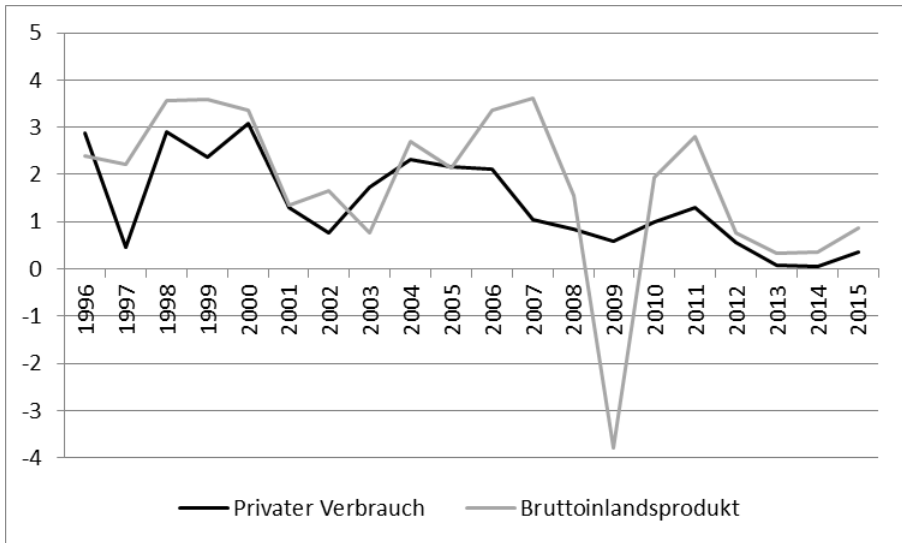
Während das Konsumniveau der privaten Haushalte in Österreich nach wie vor hoch ist, sind die Zuwachsraten der Verbrauchsausgaben in den letzten Jahren gesunken. Im Artikel wird diese Entwicklung diskutiert und die aktuell optimistischen Prognosen hinterfragt. Sowohl die permanente Einkommenshypothese als auch die demographische Entwicklung könnten einen weiter schwachen Konsumverlauf begründen. Wirtschaftspolitisch sollten daher Strukturreformen ergriffen werden, um die Konsumkonjunktur zu stärken.

Die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte sind die bei weitem größte Komponente der aggregierten Nachfrage. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt liegt in Österreich bei 53%, dies ist etwas weniger als im Durchschnitt des Euroraums (55%). Die Konsumausgaben pro Kopf, die oft als Indikator für den materiellen Wohlstand einer Bevölkerung herangezogen werden, liegen in Österreich mit € 22T um 25% über dem Wert der Partnerländer in der Währungsunion. Pro Jahr gibt ein Haushalt im Durchschnitt mehr als € 40T pro Jahr für seine Lebenshaltung aus. Insbesondere in den Tiroler Regionen und in den urbanen Zentren rund um Wien, Graz, Linz und Salzburg eröffnen sich höhere Einkommens- und Konsumspielräume. Dagegen liegt die Kaufkraft der Haushalte in den östlichen Grenzregionen unter dem Landesdurchschnitt. Die Schwergewichte bilden die Aufwendungen für Wohnen und Energie (23%), Verkehr (15%) sowie Freizeit, Sport und Hobby (13%). Die Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel liegen bei ungefähr 13% der Konsumausgaben und sind seit vielen Jahren konstant. Ihr Anteil ist trotz der zwischenzeitlich erzielten Einkommenssteigerungen nicht gesunken, weil die Haushalte hochwertigere (und höherpreisige) Lebensmittel nachfragen.

Aufgrund ihres hohen Anteils wird die wirtschaftliche Entwicklung wesentlich von den privaten Konsumausgaben bestimmt. Das Verbrauchsniveau erreicht im europäischen Vergleich Spitzenwerte, lediglich in Luxemburg liegt der Pro-Kopf Konsum noch höher. Jedoch haben die Konsumausgaben zuletzt die inländische Konjunktur gebremst. Während vor der Jahrtausendwende noch

ein Anstieg von 2.5% per annum verzeichnet werden konnte, waren es im Zeitraum vor der Finanzkrise 1.6%, und seitdem nur noch bescheidene 0.6% (*Abbildung 1*). Da die realen Einkommen zuletzt rückläufig waren, konnten die geringen Zuwächse nur realisiert werden, indem die Haushalte Ersparnisse aufgelöst haben. Infolge seiner lahmen Konsumkonjunktur rangiert Österreich nach Angaben von Eurostat beim Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf den hinteren Plätzen in der Währungsunion. Dauerhaft niedrige Konsumzuwächse stellen ein erhebliches Risiko für die weitere Entwicklung dar. So könnte eine schwache Inlandskonjunktur auch auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmen übergreifen, die unter anderem von den Aussichten an den heimischen Absatzmärkten beeinflusst wird. Trüben sich diese ein, kommt es nicht zu Kapazitätserweiterungen, weil nicht auf Lager produziert wird. Der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte dürfte dagegen steigen, weil die Konsumschwäche gleichzeitig die Importe reduziert. Insgesamt wäre das wirtschaftliche Wachstum somit in noch höherem Maße als bisher an die Ausfuhren gebunden, so dass weltwirtschaftliche Entwicklungen stärker auf die Konjunktur durchschlagen. Bei alledem liegt die Inflation der Konsumentenpreise etwas über dem Durchschnitt in der Währungsunion. Dies begrenzt die Kaufkraftspielräume der privaten Haushalte.

Abbildung 1: Wachstum von privatem Verbrauch und Bruttoinlandsprodukt



Anmerkung: Wachstum von privatem Verbrauch und Bruttoinlandsprodukt relativ zum Vorjahr. Variablen in Preisen von 2010.

Quelle: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission

Zur Konsumschwäche der letzten Jahre haben die Vermögensverluste im Zuge der Finanzkrise beigetragen. Darüber hinaus sind die Lohnerhöhungen ins-

gesamt recht bescheiden ausgefallen. Dabei hat die Einkommensspreizung tendenziell zugenommen, höhere Einkommen haben sich in der Regel besser als niedrige Einkommen entwickelt. Da die Konsumneigung mit der Einkommenshöhe sinkt, haben die Konsumsteigerungen im Aggregat abgenommen. Die Erwerbstätigkeit, liegt inzwischen auch infolge der Zuwanderung osteuropäischer Arbeitnehmer auf einem Rekordstand. Allerdings wird der private Verbrauch bisher nur in geringem Maße vom Arbeitsmarkt stimuliert. Mit der Beschäftigung ist auch die Arbeitslosigkeit gestiegen, was die Lohnspielräume einengt. Die Arbeitslosenrate liegt inzwischen höher als zu Zeiten der Finanzkrise, wenngleich sie im europäischen Vergleich immer noch recht niedrig ist. Vor allem die Beschäftigungschancen von Migranten und Personen mit niedrigen Qualifikationsprofilen haben sich verschlechtert. Dazu hat die steigende internationale Arbeitsteilung beigetragen, weil arbeitsintensive Produktionen vermehrt in Niedriglohnländer ausgelagert sind (*Feenstra und Hanson, 1996*).

Inzwischen mehren sich die Anzeichen, die auf einen künftig stärker anziehenden Konsum deuten. So haben die privaten Haushalte durch den Preisverfall auf den Rohstoffmärkten, insbesondere beim Öl Kaufkraftzuwächse erfahren. Da weniger für Haushaltsenergie und Kraftstoffe aufgewendet wird, bleibt ein größerer Teil des Budgets für andere Güter verfügbar. Darüber hinaus schiebt die Europäische Zentralbank mit ihrer Nullzinspolitik die Konsumausgaben auf kurze Sicht an, weil sie die Kreditkosten senkt und Anreize zur Ersparnisbildung reduziert. Und die am Beginn des Jahres in Kraft getretene Steuerreform sorgt für eine Entlastung bei den Haushaltseinkommen. Weil unter anderem die Erstattungsbeiträge bei den Sozialversicherungsabgaben erhöht und die Eingangssteuersätze gesenkt werden, profitieren vor allem die Bezieher niedriger Einkommen, die in der Regel hohe Konsumquoten haben. Außerdem dürfte sich angesichts der schwachen Konsumdynamik in den letzten Jahren ein signifikanter Nachholbedarf aufgestaut haben. Darüber hinaus dürfte der Zustrom von Flüchtlingen positive Impulse für den privaten Verbrauch liefern. Nimmt man all dies zusammen, verwundert es nicht, wenn die Prognosen der Experten hinsichtlich des weiteren Konsumverlaufs meist recht optimistisch ausfallen.

Ob die Konsumausgaben in den nächsten Jahren tatsächlich stärker steigen werden als in den zurückliegenden Jahren und die Konsumschwäche alsbald überwunden werden kann, ist allerdings noch nicht ausgemacht. Beispielsweise deuten die gängigen Frühindikatoren des Konsumentenvertrauens bisher nicht darauf hin, dass die privaten Haushalte von einer stärkeren Entwicklung überzeugt sind, ihre entsprechenden Angaben liegen noch unter dem längerfristigen Durchschnitt. Da künftig mehrheitlich eine recht geringe Inflation der Konsumentenpreise erwartet wird, könnten die Haushalte erst auf niedrigere Preise warten und sich mit Anschaffungen zurückhalten.

Darüber hinaus können weltwirtschaftliche Verwerfungen die Entwicklung im Land einrüben, weil sie die Beschäftigungs-, Einkommens- und Konsumperspektiven der Haushalte verschlechtern würden. Dazu zählen beispielsweise ein Wachstumseinbruch in China, etwa weil der dortige Umbau der Wirtschaft ins Stocken gerät. Dies ist angesichts der gewaltigen Herausforderungen, die sich im Reformprozess stellen, nicht völlig aus der Luft gegriffen (*Dreger, Wang und Zhang, 2015*). Eine Wachstumsschwäche im Land der Mitte könnte die Unsicher-

heit an den Finanzmärkten verstärken und über eine langsamere Expansion des Welthandels die Exportentwicklung nachhaltig dämpfen. Die Unwägbarkeiten, die mit der Brexit-Entscheidung verbunden sind, legt der Konjunktur zusätzliche Fesseln an (Ebell, 2016). Darüber hinaus kann sich die weiter schwelende Schuldenkrise im Euroraum durchaus wieder entzünden, etwa weil politische Wahlen Nicht-Unterstützer der Konsolidierung an die Macht bringen. Zwar kann die Gesundung der öffentlichen Finanzen die Grundlagen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum verbessern, vor allem in Zeiten einer älter werdenden Bevölkerung. Allerdings wirkt dieser Effekt nur auf lange Sicht und es ist nach wie vor einigermaßen unklar, wie der wünschenswerte Zustand erreicht werden kann. Wenn lange Zeit nur über Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen nachgedacht wird, kann der Anpassungsprozess scheitern, insbesondere wenn zugleich wachstumsfördernde Strukturreformen an den Produkt und Arbeitsmärkten unterbleiben.

Aber auch bei einem ruhigen weltwirtschaftlichen Umfeld bleibt offen, ob ein Zuwachs an realer Kaufkraft tatsächlich zu höheren Konsumausgaben führt. Von erheblicher Wichtigkeit ist, ob die privaten Haushalte den Anstieg der Einkommen als permanent oder temporär interpretieren. So sind das derzeit noch niedrige Niveau der Rohstoffpreise oder die unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank wohl nicht von Dauer. Tatsächlich besteht bei ausbleibenden Strukturreformen das Risiko, dass positive Wirkungen der Niedrigzinsen verpuffen. Und die Steuerreform könnte entgegen den Schätzungen zu Löchern in den öffentlichen Kassen führen, die künftig Steuererhöhungen erforderlich machen. Sofern die Faktoren, die den Konsum antreiben, nur kurzfristig wirken, werden die privaten Haushalte ihren Verbrauch wohl nur unterproportional ausdehnen.

1. Permanenter vs transitorischer Konsum

Welches Verhalten bei den privaten Haushalten in Österreich dominiert, ist nicht eindeutig zu beantworten. In jedem Fall lohnt sich ein Blick auf die früheren Jahre. In der Vergangenheit wirkte der private Verbrauch stabilisierend auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, indem er den Konjunkturverlauf geglättet hat. So wäre die Rezession in der Finanzkrise noch heftiger ausgefallen, wenn die Konsumausgaben nicht zum Teil kompensiert hätten. Eine recht glatte Entwicklung des privaten Verbrauchs ist indes nach der permanenten Einkommenshypothese zu erwarten.

Nach diesem Modell wird der Konsum nicht vom laufenden, sondern in erster Linie vom permanenten Einkommen bestimmt. Die Konsumpläne der Haushalte basieren also auf einem langfristigen Kalkül, weil sie nicht nur die aktuellen Einkommen, sondern auch künftig erwartete Einkommen in die Entscheidung einbeziehen (Friedman, 1957). Risikoscheue Haushalte streben einen Konsumpfad an, der möglichst frei von Schwankungen ist und der sich durch den Gegenwartswert künftiger Einkommensströme bestimmt. Im Fall einer hohen Zeitpräferenz ziehen die Haushalte heutigen Konsum vor, künftige Konsummöglichkeiten werden hingegen als weniger wichtig erachtet. Sofern rational

handelnde Haushalte die Zuwächse ihrer Einkommen nur als kurzfristig interpretieren, werden Ersparnisse gebildet. Zumindest dürfte der Konsumanstieg hinter den Möglichkeiten, die der Anstieg der laufenden Einkommen sonst bieten würde, zurückbleiben. Umgekehrt lösen die Haushalte im Fall eines temporären Einkommensrückgangs zunächst Ersparnisse auf und fragen vermehrt Kredite nach, um ihren gewohnten Verbrauch zu finanzieren. Während Änderungen im permanenten Einkommen die Konsumnachfrage in gleich starkem Ausmaß beeinflussen, ist die marginale Konsumneigung in Bezug auf das transitorische Einkommen nur gering. Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Ankurbelung der Konsumkonjunktur hätten nach diesen Vorstellungen also nur dann Erfolg, wenn die Einkommenswirkungen von Dauer sind.

Die permanente Einkommenshypothese zeichnet ein idealisierendes Bild der Wirklichkeit, das nicht notwendig mit der wirtschaftlichen Realität übereinstimmt. Abweichungen sind unter anderem auf existierende Liquiditätsbeschränkungen zurückzuführen (*Carroll*, 2001). So haben viele Haushalte nur sehr begrenzt Möglichkeiten, transitorische Einkommenseinbußen durch Kredite aufzufangen. Für diese Gruppe wird das laufende Einkommen die Konsumententscheidung maßgeblich beeinflussen. Gleichwohl wird die permanente Einkommenshypothese oft als Referenzrahmen herangezogen, weil sie die Entwicklung der Konsumausgaben im Aggregat mehr oder weniger gut beschreibt.

Eine Orientierung der privaten Haushalte am permanenten Einkommen birgt indes das Risiko, das der Anstieg der privaten Verbrauchs hinter der Entwicklung bleibt, die die optimistischen Prognosen nahelegen. Denn einige der gegenwärtig stimulierenden Faktoren könnten alsbald auslaufen. Und ob die Steuerreform die Konsumausgaben in diesem Jahr anschiebt, ist nicht ohne Weiteres klar, auch wenn ihre volle Finanzierung durch entsprechende Umschichtungen im Steuer- und Transfersystem gelingt. So warten rationale Haushalte nicht erst ab, bis die Reform endgültig in Kraft ist, sondern passen ihre Konsumpläne bereits frühzeitig an, sobald sie von den Steueränderungen erfahren. Insofern ist der private Verbrauch bereits im Vorjahr von der Reform beeinflusst worden. Dieser Teil dürfte heuer also nicht mehr für eine weitere Konsumbeschleunigung zur Verfügung stehen.

Von der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank gehen ambivalente Effekte für den privaten Verbrauch aus. Zwar können die Konsumausgaben kurzfristig durchaus stimuliert werden, weil niedrige Zinsen zunächst einmal kaum Anreize für eine Ersparnisbildung bieten. Allerdings werden so nur Strohfeuer im transitorischen Konsum erzeugt, eine hartnäckige Konsumschwäche kann damit nicht überwunden werden. Außerdem sind die Impulse nicht ganz so eindeutig, wie es auf den ersten Blick scheinen mag, weil ein niedriges Zinsniveau die private Absicherung im Alter erschwert. Dieser zweite Effekt dürfte umso bedeutender werden, je länger die Periode der Nullzinsen anhält. Zwar beflügelt die lockere Geldpolitik derzeit die Entwicklung an den Immobilien- und Aktienmärkten. Eigenheim- und Aktienbesitzer erfahren also durchaus Vermögenszuwächse. Indes besteht die Gefahr von Rückschlägen, wenn sich die Vermögenspreise immer weiter von ihren fundamentalen Bestimmungsgrößen entfernen. Darüber hinaus sind risikoreiche Anlageformen bei den Verbrauchern nicht allzu weit verbreitet, so dass sie nur eingeschränkt von den Steigerungen der Vermö-

genspreise profitieren. Um die angestrebten Sparziele zu erreichen, könnten die Haushalte auch ihre Spartätigkeit zu Lasten der Konsumausgaben ausdehnen.

2. Demographischer Wandel und Konsumverhalten

Der demographische Wandel beeinflusst die heutigen Ausgabenplänen, weil die Veränderungen einigermaßen absehbar sind. Demographische Projektionen sind in der Regel vergleichsweise sicher, weil die Entwicklung wichtiger Einflussgrößen wie Fertilität, Lebenserwartung und Mortalität recht gut fortgeschrieben werden kann. Dagegen ist das Ausmaß der Migration nur schwer vorhersehbar, weshalb die Statistiker die Spannbreite der Entwicklung anhand unterschiedlicher Szenarien abgreifen. Jedenfalls sind die über 60-Jährigen die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe. Zählten zur Jahrtausendwende nur 21% der Personen zu dieser Gruppe, werden es nach den aktuellen Prognosen 2020 voraussichtlich 26% und 2030 wohl etwas über 30% sein. Davon erreicht mehr als ein Drittel ein Alter von mindestens 75 Jahren. Der demographische Wandel dürfte mit erheblichen Anspannungen in der Finanzierungsstruktur der sozialen Sicherungssysteme einhergehen, von denen vor allem die Kranken- und Pensionsversicherung betroffen sind. Drohenden Leistungskürzungen könnte man durch einen Ausbau der privaten Alterssicherung begegnen. Die Gewinnbeteiligungen bei den Er- und Ablebensversicherungen dürften sich infolge des niedrigen Zinsumfeldes in den kommenden Jahren vermindern. Dies kann zu einer Konsumzurückhaltung beitragen, um mehr Mittel für die Altersvorsorge zu mobilisieren.

Die Alterung der Bevölkerung beeinflusst die künftige wirtschaftliche Entwicklung in mannigfaltiger Weise. Ein Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter reduziert die langfristige Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts. Ob der Rückgang durch strukturelle Anpassungen, wie etwa eine Verlängerung der Lebensarbeitszeiten, eine höhere Erwerbsbeteiligung, eine steigende Zahl an Zuwanderern oder durch Produktivitätssteigerungen infolge eines intensiveren technischen Fortschritts wettgemacht werden kann, ist aus heutiger Sicht noch offen. Zum Beispiel ist das effektive Eintrittsalter in den Ruhestand in Österreich im europäischen Maßstab recht gering. Parallel dazu liegt die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen noch auf hinteren Plätzen in der Währungsunion. Jedenfalls dürften ältere Konsumenten im Jahr 2030 einen substantiellen Teil des privaten Verbrauchs abdecken. Weil sie ein anderes Nachfrageverhalten als die jüngeren Menschen an den Tag legen, ist mit Verschiebungen in der Struktur der Ausgaben zu rechnen, so dass sich die Absatzperspektiven von Unternehmen ändern.

Generell dürften Dienstleistungen rascher als Industriegüter expandieren. In einer älteren Bevölkerung ist beispielsweise eine zurückgehende Nachfrage bei Gütern des täglichen Bedarfs zu erwarten. Die Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter dürften sinken, weil diese Produkte oft bereits während des Erwerbslebens erworben wurden. Daneben dürfte sich die Nachfrage nach Verkehrsleistungen (einschließlich Fahrzeugkäufe) rückläufig entwickeln, weil Fahrten zur Arbeit und Aufwendungen für Dienstreisen entfallen. Die Marktbedingungen dürften somit für viele Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes

schwieriger werden. Dagegen ist eine höhere Nachfrage für Bildungsleistungen, etwa im Rahmen der beruflichen Weiterbildung wahrscheinlich, um die Qualifikation älter werdender Arbeitnehmer an die steigenden Anforderungen anzupassen. Ausgaben für Freizeit und Gesundheitsleistungen werden im repräsentativen Warenkorb voraussichtlich ein stärkeres Gewicht erhalten. Personenbezogene Dienstleistungen sowie die Nutzung der kommunalen Infrastruktur dürften einen wachsenden Teil des Haushaltsbudgets einnehmen, weil mehr Menschen außerhalb eines Familienverbandes leben und Einkaufshilfen, Reinigungen, Gartenhilfen und ähnliche Leistungen benötigen. Die Bevölkerung dürfte sich zunehmend auf die urbanen Regionen konzentrieren, die eine bessere Versorgung und kürzere Wege bieten.

Neben den Verschiebungen in der Konsumstruktur wird die demographische Entwicklung auch zu Anpassungen im durchschnittlichen Konsumniveau führen. Entscheidend ist hier das Sparverhalten einer alternden Bevölkerung. Die Lebenszyklushypothese des Konsumverhaltens bildet den Ausgangspunkt für die Überlegungen. Rationale Individuen sparen, um starke Konsumschwankungen auszugleichen. Daher steigt die Ersparnis während der Erwerbsphase, weil in diesem Lebensabschnitt in der Regel höhere Einkommen erzielt werden. Entsprechend werden im Ruhestand per Saldo Vermögenslagen aufgelöst, um das Konsumniveau möglichst aufrecht zu erhalten. Demnach könnte eine alternende Gesellschaft konsumstabilisierend wirken, wenn die Ersparnisse im Aggregat sinken.

Stichproben bei den privaten Haushalten deuten in der Tat auf eine Sparneigung hin, die in der Tendenz mit zunehmendem Alter fällt. Für Deutschland deuten die empirischen Befunde darauf hin, dass die Sparquote ab dem Eintritt ins Erwerbsleben steigt und ihr Maximum bei einem Lebensalter von 40 bis 45 Jahren erreicht. Danach nimmt die Sparquote bis zum Renteneintrittsalter ab und erreicht etwas später (67 Jahre) ihr Minimum. Entgegen den Prognosen der Lebenszyklushypothese zeigt sich jedoch ab einem Alter von 70 Jahren ein Wiederanstieg der Sparneigung¹. Darüber hinaus bleiben die Sparquoten für jede Altersgruppe positiv, sinken also nicht auf null ab. Dabei dürfte das Vererbungsmotiv eine wesentliche Rolle spielen. Ferner kann es aus Vorsichtsgründen rational sein, auch im Alter einen bestimmten Vermögensbestand zu halten.

Die Sparneigung wird jedoch nicht allein durch die Präferenzen der Haushalte hinsichtlich der Konsumglättung bestimmt. Da die Altersgruppen ohne eigenes Lohneinkommen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts auf die Transfers von den im Erwerbsleben stehenden Altersgruppen angewiesen sind, steigt in einer alternden Gesellschaft das Umverteilungsvolumen. Einerseits wird so die Tendenz einer mit dem Alter sinkenden Sparquote genährt. Andererseits kommt es zu finanziellen Anspannungen in den sozialen Sicherungssystemen. Um Arbeitsanreize für die Erwerbstätigen aufrecht zu erhalten, können die Belastungen für diese Gruppe nur noch wenig erhöht werden. Tatsächlich belaufen sich die Sozialversicherungsbeitragssätze in Österreich in der Summe auf mehr als 36% der Arbeitskosten, man nimmt hier einen der Spitzenplätze unter den eu-

1 Dies ergibt sich aufgrund der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes. Siehe auch *Belke, Dreger und Ochmann* (2015).

ropäischen Nachbarn ein. Die Arbeitnehmer steuern ungefähr 40% des Einkommens bei. All dies verschlechtert bereits heute die Wettbewerbsfähigkeit abhängiger Arbeit und fördert die Schwarzarbeit.

Da die Einnahmen unter den derzeitigen Bedingungen nicht mehr wesentlich steigerungsfähig sind, stehen primär Ausgabenkürzungen auf der Agenda, um die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme zu gewährleisten. Sinken die Leistungen aus der Pensionsversicherung, etwa durch eine Absenkung der Pensionen, dürfte die erwerbsfähige Generation ihre Ersparnis ausweiten, um im Alter über ausreichende Rücklagen zu verfügen. Dieser Effekt, der in Zeiten von Niedrigzinsen noch stärker ausgeprägt sein dürfte, kann den demographisch bedingten Fall der Sparquote kompensieren.

3. Wirtschaftspolitische Folgerungen

Bei den Verbrauchsausgaben pro Kopf der Bevölkerung liegt Österreich weiter auf Spitzenplätzen in Europa. Die Konsumdynamik hat in den letzten Jahren allerdings deutlich nachgelassen. Zwar weisen die derzeit vorliegenden Prognosen auf eine künftige Besserung der Konsumkonjunktur hin. Gleichzeitig bestehen aber auch Risiken, weil viele der Faktoren, die dem privaten Verbrauch Auftrieb geben, nur kurzfristig wirken. Ob damit die schon länger anhaltende Konsumschwäche nachhaltig überwunden werden kann, erscheint mindestens fraglich. Auch die demographische Entwicklung kann die Konsumperspektiven schmälern, wenn die Alterung der Bevölkerungen entgegen den Erwartungen per Saldo zu einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Sparquote führt. Eine solche Entwicklung erscheint umso wahrscheinlicher, je unsicherer die weitere Finanzierung der Alterssicherungssysteme ist.

Damit besteht wirtschaftspolitisch ein erheblicher Handlungsbedarf, um die Wachstumsgrundlagen zu verbessern und eine stärkere Dynamik der Verbrauchsausgaben zu gewährleisten. Die Steuerreform, die seit Beginn des Jahres in Kraft ist, geht in die richtige Richtung, weil sie die Haushaltsnettoeinkommen entlastet. Das gilt vor allem für die Empfänger niedriger Einkommen, die eine über dem Durchschnitt liegende Konsumquote aufweisen. Der Reformeifer sollte damit jedoch noch nicht erlahmen und auf eine nachhaltige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme setzen, weil ansonsten erhebliche längerfristige Risiken für den Staatshaushalt erwachsen.

Zu den prioritären Reformen zählen unter anderem Maßnahmen zu einer weiteren Steigerung der Erwerbsbeteiligung unter anderem von älteren Menschen und Frauen. So könnten bessere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder die Erwerbsperspektiven und Verdienstmöglichkeiten von Frauen verbessern. Ferner sollten zusätzliche Gruppen in die Pensionsversicherung einbezogen werden, wie etwa Beamte. Darüber hinaus sollten sich die wirtschaftspolitischen Anstrengungen darauf konzentrieren, die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsfaktors Arbeit zu steigern. Dazu können sinkende Beitragsätze zur Sozialversicherung einen wichtigen Beitrag leisten. Da abhängige Arbeit aus Sicht der Unternehmen kostengünstiger wird, dürfte so die Arbeitsnachfrage stimuliert werden. Die Arbeitslosigkeit könnte sich allmählich abbauen, so dass künftig

ein höherer Spielraum für die Entwicklung der Löhne entsteht. Aufgrund der geringeren Beitragsätze sind zwar Einnahmeverluste in den Sozialkassen zu erwarten. Für eine weitere Finanzierung der Leistungen wären also Steuererhöhungen erforderlich, so dass für den Konsum noch keine positiven Impulse resultieren. Empirische Befunde deuten jedoch darauf hin, dass eine Politik der Umfinanzierung kein Nullsummenspiel ist. So kann ein Wechsel von direkten hin zu indirekten Steuern das Wachstum stimulieren, weil sie die Leistungsanreize für Unternehmen und Haushalte betont.

Die Überwindung einer Konsumschwäche ist bei einem höheren Wachstumspfad des Bruttoinlandsprodukts leichter. Dazu sollte die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen durch eine Politik abgesichert werden, die auch kurz- und mittelfristig die benötigten Wachstumsimpulse setzt. Dazu zählt die Ankurbelung der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Dies bedarf einer konzentrierten Aktion auf der Ebene des Euroraums. So könnten Ausgaben für öffentliche Investitionen bei der Berechnung von Defiziten abgewichtet werden, falls sie dazu geeignet sind, das Wachstum nachhaltig zu fördern. Das Europäische Semester, das dazu dient, die Haushaltsplanung der Mitgliedsländer besser abschätzen zu können, sollte eine stärkere Investitionstätigkeit begünstigen. Insgesamt kann eine stärker wachstumsorientierte Kombination zwischen Geld- und Fiskalpolitik dazu beitragen, die insgesamt recht schwache wirtschaftliche Entwicklung in der Währungsunion zu stimulieren.

Literaturverzeichnis

Belke, A./Dreger, C./Ochmann, R., Do wealthier households save more? The impact of the demographic factor, *International Economics and Economic Policy* 12 (2015) 163-173

Carroll, C. D., A theory of the consumption function. With and without liquidity constraints, *Journal of Economic Perspectives* 15 (2001) 23-45

Dreger, C./Wang, T./Zhang, Y., Understanding Chinese consumption. The impact of Hukou, *Development and Change* 46 (2015) 1331-1345

Ebell, M., Brexit, trade and gross value added, *Economic Review*, National Institute for Economic and Social Research (August 2016)

Feenstra, R. C./Hanson G. H., Globalization, outsourcing, and wage inequality, *American Economic Review* 86 (1996) 240-245

Friedman, M., A theory of the consumption function, *National Bureau of Economic Research* 63, General Series, Princeton University Press (1957)

Abstract

JEL-No: E21, E32, J11

Perspectives of private consumption in Austria

Although the level of private consumption is high in Austria, the dynamics of household spending are quite low since the last years. This article discusses the development and questions the current rather optimistic forecasts. The permanent income hypothesis as well as the demographic conditions can cause low consumption expenditures. Therefore, economic policies should implement structural reforms to strengthen the path of private consumption.